



Josef Esser / Joachim Hirsch

Der CDU-Staat: Ein politisches Regulierungsmodell für den »nachfordistischen« Kapitalismus

Die bundesrepublikanische »Wende« ist sicherlich mehr als ein durch die Existenzängste einer Splitterpartei in Gang gesetzter Wechsel der parlamentarischen Regierungsmehrheit. Man darf den Begriff über seine parteipropagandistische Verwendung hinaus durchaus ernst nehmen. Zu vermuten ist, daß die Etablierung der konservativen Regierung den Beginn einer viel weitergehenden Transformation des Herrschaftssystems bedeutet. Die Krise des keynesianisch-fordistischen Kapitalismus erzwingt eine veränderte, auf die gewandelten Bedingungen der Weltmarktkonkurrenz bezogene Akkumulationsstrategie, die von einem Umbau der politischen Apparatur, der herrschenden politischen Diskurse und der Modi gesellschaftlicher Interessenorganisation und -spaltung begleitet sein wird. Am Ende dieses Prozesses könnte die Herausbildung eines neuen, die veränderte Akkumulationsstrategie mit einer entsprechend umgeformten hegemonialen Struktur verzahnenden »historischen Blocks« bzw. eines historisch neuen kapitalistischen Regulierungsmodus stehen. Unsere These ist, daß die konservative Parteiformation an der Regierung diesen neuen, »nachkeynesianischen« Regulierungsmodus noch nicht repräsentiert, sondern eher ein Terrain ebnet, auf dem darum gekämpft wird.

I.

Der Versuch einer Klärung dessen, was sich im Parteiensystem der BRD tut, setzt voraus, daß man weiß, worüber man redet. Umstritten ist aber schon, was unter »Partei« eigentlich zu verstehen sei. Es ginge also zunächst um die Formulierung eines parteitheoretischen Bezugsrahmens. Angesichts des neuerdings (und nicht zufällig jetzt gerade) wieder vehement beklagten desolaten Zustands der Parteitheorie (Stöss 1983, Raschke 1982, Mintzel 1984) ist das nicht einfach. Hier ist auch nicht der Ort, auf die Diskussion um Möglichkeit und Konzept einer »allgemeinen« Parteitheorie einzugehen (vgl. von unterschiedlichen Ausgangspunkten Greven 1977, Jäger 1983, Stöss 1983, zur Kritik vgl. Esser/Hirsch 1983). Wir beschränken uns daher auf eine knappe Skizze der wichtigsten Prämissen, auf die sich unsere Argumentation stützt.

(1) Parteien und Parteiensysteme *sind im Kontext einer elaborierten Theorie der historischen Gesellschaftsformation zu untersuchen*, wobei davon auszugehen ist, daß die kapitalistische Gesellschaft selbst einschneidenden Veränderungen ihrer Arbeits-, Produktions-, Vergesellschaftungs- und Klassenverhältnisse unterworfen ist. Es reicht also nicht, sich parteitheoretisch auf die allgemeinsten Strukturmerkmale bürgerlicher Gesellschaft und Politik zu beziehen (wie es tendenziell z.B. Greven 1977 und Jäger 1979 tun). Vielmehr durchläuft die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft im Laufe ihrer Entwicklung voneinander unterscheidbare Phasen, die bedingt sind durch die jeweilige Art und Weise der Mehrwertproduktion und Ausbeutung, und die jeweils spezifische Formen von Vergesellschaftung, Klassenstruktur und des Verhält-

nisses von Politik und Ökonomie hervorbringen. Struktur und Funktionsweise politischer Systeme und die Bedeutung der Parteien darin sind nur im Kontext einer derartigen Theorie der historischen kapitalistischen Gesellschaftsformation zu verstehen. Was »Partei« im konkreten politischen Systemzusammenhang heißt, ist also historisch wandelbar.

(2) Was Parteien sind und wie sie funktionieren, hängt ab von einem *gesellschaftlichen Kräftefeld*, das durch spezifische Klassenlagen und -spaltungen, vielfältige organisierte Handlungszusammenhänge, Bewegungen, Apparate und Institutionen bestimmt wird. Durch internationale Verflechtungen und Weltmarktabhängigkeiten strukturiert, setzt dieses Kräftefeld die Bedingungen für eine Akkumulationsstrategie und hegemoniale Struktur erfolgreich verbindende Politik kapitalfraktioneller Kompromißbildung und Massenintegration. In die darauf abzielenden gesellschaftlich-politischen Regulierungsprozesse können die Parteien in sehr unterschiedlicher Form eingebunden sein, wobei ein Zusammenhang zwischen den historisch unterschiedlichen Regulierungsmodi und den jeweiligen organisatorischen Strukturen und gesellschaftlichen Verflechtungen der Parteien bzw. des Parteiensystems besteht. Ein sozialwissenschaftlicher, auf den Gesamtzusammenhang von Herrschaft bezogener Parteibegriff muß daher über die sich so bezeichnende, rechtlich definierte formale Organisation hinausgehen.

Parteien sind bekanntlich keineswegs straff organisierte, homogen zielorientierte und geschlossene Apparate. Ihre Grenzen zur »Umwelt« sind fließend (Wiesendahl 1983, Jäger 1983). Sie sind eher »loosely coupled systems« (Wiesendahl) von sowohl horizontal wie vertikal disparaten Teileinheiten mit z.T. gegenläufigen Zielsetzungen, Effizienz- und Rationalitätskriterien sowie divergierenden Entscheidungsverläufen und Entscheidungszentren. Eben diese Segmentierung und Parzellierung der Parteiorganisation versetzt sie in die Lage, widersprüchliche »Außenbeziehungen« zu unterhalten, divergierende Interessen zu verarbeiten, gegenläufige Diskurse zu bündeln. Gleichzeitig gestattet es die diffuse Grenzziehung zwischen »expliziter«, formeller Parteiorganisation und »Vorfeld« (bzw. »impliziter« Parteiorganisation, vgl. Jäger 1983), schon im Prozeß der Artikulation gesellschaftlicher Interessen präsent zu sein, an der Produktion darauf bezogener und durchaus widersprüchlicher Diskurse teilzunehmen und selbst interessenorganisierend zu wirken. Die in der staatlichen Sphäre existierenden Gebilde, die sich zur Wahl stellen, sind daher eher als Organisationskerne der wirklichen, weiter greifenden, wenngleich informellen »Partei« zu verstehen. Wenn im Kontext der Analyse von Herrschaftssystemen von »Partei« geredet wird, kann darunter also niemals nur die formale Parteiorganisation allein verstanden werden: die Partei ist offen zum Staatsapparat hin, den sie u.U. mit ihrem Personal besetzt, aber auch zu ihrem gesellschaftlichen Umfeld, zu dem sie vielgestaltige Verbindungen unterhält und das in spezifischer Weise in sie hineinragt (*»weitere Partei«*). Es gibt keine gesellschaftlichen Individuen oder Gruppen, die nicht in irgendeiner Weise »Partei« wären (Jäger 1979). Auf diese Weise gelingt es diesen, über persönliche und institutionelle Verbindungen im Feld zwischen Staatsapparaten, gesellschaftlichen Milieus, Organisationen und Interessengruppen einen Prozeß der Artikulation, Spaltung und Bündelung durchaus widersprüchlicher Interessen zu vermitteln und in Gang zu halten. Insofern ist von der Vorstellung Abschied zu nehmen, die Parteien als zweckrationale Organisationen sieht, die ein *vorgegebenes* Muster »pluralistischer« Interessen in einem filternden und kanalisierenden »Willensbildungsprozeß« auf politische Entscheidungen hin bündeln und in staatliches Handeln umsetzen. Welche Interessen wo entstehen, ob, wie und wann sie berücksichtigt und verarbeitet werden, hängt wesentlich

auch von der Struktur und Funktionsweise der Parteien und der Art und Weise der von ihnen hergestellten gesellschaftlichen Verflechtungen ab. Insofern erscheint es uns zweckmäßig, von Begriffen wie »Transmission«, »Legitimation«, »Interessenberücksichtigung« oder gar »Willensbildung« bzw. von der Entgegensetzung von »Steuerung« und »Interessenberücksichtigung« (Kaste/Raschke) abzusehen und allgemeiner von *Regulierung* zu sprechen. Parteien sind als historisch je verschieden geformte *Bestandteile* eines aus Staatsapparaten, gesellschaftlichen Interessenorganisationen, Unternehmen, Kirchen, Medien, Kulturen, Milieus und »Lagern« bestehenden, umfassenderen politischen Regulierungszusammenhangs zu begreifen und nur von diesem her zu verstehen.

(3) Eine entscheidende Funktion der Parteien im politischen Regulierungszusammenhang ist die verdichtende Organisation von zugleich homogenisierenden und spaltenden ideologisch-materiellen *Diskursen*, innerhalb derer sich gesellschaftliche Interessen als politische erst artikulieren. Interessen sind nicht ein dem politischen Prozeß vorausgesetztes, vielmehr sind es spezifische Politikformen und die mit ihnen verbundenen Diskurse, die materielle Lagen, Erfahrungen, Weltbilder usw. miteinander verknüpfen und als »Interessen« zum Sprechen bringen (Mouffe 1982). Zwar sind materielle Lagen und Praxen das nicht auflösbare Substrat von Politik und Ideologie, aber sie werden immer schon diskursiv überformt, auseinandergerissen, neukombiniert. Mittels diskursiver Homogenisierung/Spaltung gegensätzlicher und antagonistischer (Klassen-)Lagen und der Verknüpfung dieser Diskurse mit materialer staatlicher Politik organisieren Parteien den »Konsens«, durch den Herrschaft erst auf relative Dauer gestellt wird: die Verzahnung von kapitalfraktioneller Kompromißbildung und Massenintegration (Fach 1982). Dies erklärt, weshalb in politischen »Schönwetterperioden«, d.h. bei relativ störungsfreier Akkumulation und hegemonialer Stabilität, Parteien gegenüber dem unmittelbaren, »kooperativen« Arrangement zwischen Staatsadministration und verfestigten gesellschaftlichen Interessenblöcken in den Hintergrund zu treten scheinen (»Etatisierung«, »Entideologisierung«, Parteien als Anhängsel der Regierung). Dadurch verlieren sie allerdings ihre diskursive Potenz mit der Folge, daß in der Krise die Politik aus den Parteien »auswandert«, relevante Diskurse neben ihr und gegen sie entstehen, ihre Herrschaft über die relevanten politischen »Themen« verlorengeht, neue Politik- und Interessenartikulationsformen, gegebenenfalls sogar neue Parteien entstehen (»Zerbrechen der Verbindung zwischen Repräsentierten und Repräsentanten«, Poulantzas). Im Verhältnis der »etablierten« Parteien des bundesrepublikanischen »Volkspartei«-Systems und den »neuen sozialen Bewegungen« zueinander dauert dieser Prozeß immer noch an. Das bedeutet, daß die krisenhaft erzwungene Durchsetzung neuer Akkumulationsstrategien, Ausbeutungs-, Vergesellschaftungs- und Spaltungsformen sowie ihre »Homogenisierung« in einem neuen dominanten Diskurs mit einer Bedeutungszunahme der »weiteren« Partei, ihrer Revitalisierung im gesamten Regulierungszusammenhang verbunden sein kann (oder sogar muß).

(4) Parteien sind in ihrer Konkurrenz um Wählerstimmen *Bestandteile eines Parteiensystems* und in ihrer Funktionsweise von diesem determiniert. Ihre Pluralität und der dadurch erzeugte Regierungs-/Oppositionsmechanismus ist ein wesentliches Moment herrschaftsstabilisierender und befriedender »Aggressionsabfuhr« (Jäger 1983). Der Wahlmechanismus zwingt sie dazu, voneinander unterscheidbare Diskurse zu entwickeln und durch eigene Formen von »Vorfeldbeziehungen« und gesellschaftlichen Verflechtungen abzustützen. Deshalb wären identische Parteien mit der Reproduktion bürgerlicher Herrschaft nicht zu

vereinbaren. Bei allen organisationsstrukturellen Ähnlichkeiten unterscheiden sie sich nicht nur hinsichtlich ihrer offiziellen Programmatik und ihrer sozio-strukturellen Wählerbasis (Mintzel 1984, S. 320 f.), sondern sehr viel prägnanter durch den von ihnen verkörperten spezifischen *Modus* der Interessenartikulation, Interessenvermittlung und politischen Organisation (Diskurse, Vorfeldbeziehungen, Interessenverflechtungen, Flügelbildungen usw.). Sie erweisen sich damit immer auch als Repräsentanten unterschiedlicher gesellschaftlich-politischer Regulierungsmodi. Parteien passen sich aber auch, um bei Wahlen erfolgreich zu sein, veränderten ökonomisch-gesellschaftlichen Regulierungsbedingungen an und reagieren dabei aufeinander, transformieren dabei sich und das Parteiensystem. Veränderungen des politischen Regulierungsmodus und die Transformation des herrschenden Diskurses werden mittels *Parteikonkurrenz* durchgesetzt. Etwas paradox formuliert: gewählt wird die Partei, die infolge ihrer Fähigkeit zur erfolgreichen Organisation eines homogenisierenden, gesellschaftliche Interessen selektiv artikulierenden und spaltenden sowie »konsensual« verbindenden Diskurses regieren *kann*. Gleichzeitig bleibt das Parteiensystem insgesamt der Ort, wo sich widersprüchliche Diskurse zum herrschenden verdichten: erfolgreiche Parteien zwingen die anderen immer auch zu diskursiven Anpassungsprozessen, »Themen«-Übernahmen, organisatorischen Neuarrangements, auf deren Basis eine erneute Profilierung im Konkurrenzkampf möglich wird. Die »Godesberger Wende« der SPD, die »nachgeholte Parteibildung« der CDU in den siebziger Jahren bis hin zu den Glotz'schen Versuchen einer Übernahme »Späth«-kapitalistischer Gesellschafts- und Politikkonzepte oder der Klau »grüne« Themen durch die etablierten Parteien sind Beispiele dafür.

II.

Der politische Regulierungsmodus des entfalteten »fordistischen« Kapitalismus war eng mit der Herausbildung des sogenannten »*Volksparteien*«-Systems verbunden. Mit »*Fordismus*« bezeichnen wir die historische Form der kapitalistischen Gesellschaft, die sich in den zwanziger und dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts — zunächst in den USA und unter deren imperialistischer Vorherrschaft schließlich weltweit — durchsetzte und die seit Mitte der siebziger Jahre in eine »säkulare« Krise geraten ist. Ökonomische Grundlage der fordistischen Formation ist die Ausbreitung taylorisierter Arbeitsprozesse und die industrielle Massenproduktion insbesondere von Konsumgütern, welche die schnelle Durchsetzung neuer Basistechnologien und hohe gesamtökonomische Innovationsraten ermöglicht hatten. Die damit verbundene, kontinuierliche und starke Erhöhung der relativen Mehrwertrate sorgte für eine langanhaltende Stabilisierung der Profitrate. Gebunden war dieser Prozeß an die systematische Unterwerfung der Arbeitskraftreproduktion unter die Kapitalverwertung (»Durchkapitalisierung des Reproduktionsbereichs«) mit einschneidenden Folgen für Vergesellschaftungsformen und Lebensverhältnisse. Das fordistische Akkumulations- und Vergesellschaftungsmodell ist die Grundlage der letzten »langen Welle« der kapitalistischen Entwicklung, die insbesondere nach dem 2. Weltkrieg durch lang anhaltende Prosperität, starkes Wachstum und relative Vollbeschäftigung gekennzeichnet war (Aglietta 1976, Palloix 1977, 1979, Davis 1978, Lipietz 1982, Hirsch 1980, Mandel 1982).

Die dem fordistischen Akkumulationsmodell zugrundeliegende Vergesellschaftungsform ist gekennzeichnet durch die Verallgemeinerung der Lohnarbeit bei gleichzeitig starker Differenzierung der Arbeiterklasse (Qualifikationshierarchien, Tertiärisierung, »neue Mittelklas-

sen«), die Auflösung »vorkapitalistischer« Lebensformen (z.B. Gemeinde- und Familienstrukturen) und traditioneller (z.B. Arbeiter-oder konfessioneller) sozialer Milieus und Lager, hohe (Zwangs-)Mobilität, soziale Anonymisierung und Individualismus, Relativierung des Stadt-Land-Gegensatzes, egalitären Massenkonsum, expandierenden Warenreichtum und wachsende Kommerzialisierung sozialer Beziehungen. Mehr und mehr kompensiert bürokratische Durchstaatlichung die durch die Durchkapitalisierung der Gesellschaft hervorgerufenen sozialen Desintegrationserscheinungen: der bürokratische Interventions-, Sozial- und »Sicherheitsstaat« entsteht.

Soweit der »Volkspartei«-Begriff analytisch verwendet wird (vgl. Kaste/Raschke 1977, auf die etwas müßigen Debatten um seine wissenschaftliche Zulässigkeit wollen wir uns hier nicht einlassen, vgl. Mintzel 1984), meint er den in dieser historischen Phase sich herausbildenden Typus der »modernen« bürokratischen Apparatpartei mit Massenmitgliedschaft, sozial relativ breit gestreuter, heterogener Wählerschaft und diffuser Programmatik. Ihre spezifischen Struktur- und Funktionsmerkmale können mit den Besonderheiten des fordistischen Vergesellschaftungsmodus erklärt werden: die Dominanz von »Systemsteuerung« gegenüber »Interessenberücksichtigung« resultiert aus der zunehmenden Bedeutung staatlicher Steuerungsleistungen für die Reproduktion des ökonomisch-gesellschaftlichen Gesamtsystems unter den Bedingungen hochtechnologisierter Produktionsprozesse, eines raschen »Strukturwandels« und verstärkter inner-imperialistischer Konkurrenz. Gleichzeitig führt das allmähliche Verschwinden traditioneller Milieus, »Lebenswelten« und »Lager« zu abnehmender sozialer Verankerung der Parteien (vgl. dazu z.B. Kühr/Simon 1982 für die CDU). Dies fördert die Bürokratisierung und Professionalisierung der Parteiapparate, produziert Klientelismus und Karrierismus als Beteiligungsmotiv. Soziale Abkoppelung und Bürokratisierung unterstützen wiederum die relative Autonomisierung der Parteiapparate. Das Eigeninteresse professioneller Parteikader gewinnt an Gewicht, was wiederum die Orientierung an status quo erhaltender »Systemsteuerung« fördert. Die ursprünglich eher naturwüchsige Milieuverankerung der Parteien (z.B. im sozialdemokratischen oder katholischen Vereinswesen) wird ersetzt durch eine zentralgesteuerte »Vorfeld-« und adressatenbezogene Ausdifferenzierung der bürokratischen Parteiorganisation (z.B. »Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen« in der SPD). Die Differenzierung und Spaltung der sozialen Klassen, Individualisierung und soziale Desintegration, Bürokratisierung der Apparate sowie die Abschwächung traditioneller (z.B. konfessioneller) »Cleavages« im Prozeß der fordistischen Umwälzung der Gesellschaft erleichtern den selektiv-taktischen Umgang mit gesellschaftlichen Interessen. Damit kann Stimmenmaximierung zum vorrangigen parteistrategischen Prinzip werden, während sich unabhängig vom Wahlrechtsmodus die Tendenz zum Zweiparteiensystem verstärkt. In der Prosperitätsphase der fordistischen Formation entwickeln sich die Parteien schließlich tendenziell zu bürokratisch zentralisierten Kontroll-, Steuerungs- und Mobilisierungsagenturen: Dominanz der Partei im Staatsapparat über die Partei außerhalb des Staatsapparats, d.h. eine weitgehende Disjunktion von »Partei-« und »Regierungspolitik«, wachsende rechtliche und institutionelle Privilegierung der dominierenden Apparatparteien, Verteidigung ihres Politikmonopols durch Unterdrückung/Kontrolle von (allerdings eben deshalb auch zunehmenden) Formen außerinstitutioneller und dezentraler Interessenwahrnehmung. Dieser Parteitypus bildete einen zentralen Bestandteil des »keynesianischen«, durch einen etatistischen und zentralisierten Korporatismus gekennzeichneten Regulierungsmodus. Der »sozialdemokratische« Korporatismus basierte auf der Kooperation hochvermachter, bürokratisierter und relativ abgehobener Interessenorganisationen und Staatsadministration

sowie sozialpartnerschaftlicher, institutionalisierter und verrechtlichter Kompromißbildung (Esser u.a. 1980, Esser 1982, Buci-Glucksmann 1982). Die Disziplinierung des Klassenkampfes erfolgte durch die bürokratische Organisation und Institutionalisierung übergreifender ökonomischer Klasseninteressen. Dem technokratischen und bürokratischen Konzept der Gesellschaftsregulierung entsprach der ideologische Diskurs des Fortschritts, der Gleichheit, des Modernismus, der Normalisierung und des Pragmatismus. Die Sozialdemokratie entwickelte sich zur korporativen »Blockpartei«, die sich immer stärker auf die Sektoren des gesellschaftlichen »Kerns« (Weltmarktkapital, Facharbeiter, Teile der »neuen Mittelklassen«) stützte. Dieser Regulierungsmodus wurde keineswegs allein durch die SPD repräsentiert. Sie erwies sich nur in besonderer Weise als fähig, unter eindeutiger Realisierung weltmarktinduzierter Struktur Anpassungszwänge relevante gesellschaftliche Gruppen in einen Wachstums-Modernisierungs-Fortschritts-Diskurs unter Inkaufnahme spezifischer Spaltungs- und Ausgrenzungsprozesse einzubinden. Grundlage dieser Fähigkeit waren eine spezifische ideologische Kompetenz (etatistischer Reformismus), starke Verbindungen zu den »modernen« Sektoren der neuen Mittelklassen (insbesondere im Staats-, Ausbildungs- und sozialen Dienstleistungsbereich), eine durch persönliche Interessen, Verflechtungen (z.B. mit dem traditionellen »Mittelstand« und dem Kleinkapital) kaum behinderte Kooperationsfähigkeit mit dem technologisch fortgeschrittenen Flügel des Großkapitals und nicht zuletzt die traditionell engen Beziehungen zu den Gewerkschaftsapparaten, die es ermöglichten, diese relativ reibungslos in das zentral-korporative Regulierungskartell einzubinden. Was die SPD repräsentierte, war kein bewußter »Klassenkompromiß« zwischen Weltmarktkapital, Facharbeitern und neuen Mittelklassen, sondern einen durch eine erfolgreiche Akkumulationsstrategie materiell abstützbaren Diskurs, in dem die Interessen dieser verschiedenen Sektoren »homogen« artikuliert werden konnten. Im sozialdemokratischen Diskurs bedeuteten »Wachstum« und »Fortschritt« zugleich staatliche Förderung von Großtechnologien, Osthandelspolitik, geschlechtliche Emanzipation, Reallohnsteigerung, beruflicher Aufstieg und individuelle Entfaltung.

Das sozialdemokratisch-keynesianische Regulierungsmodell scheiterte an dem Punkt, an dem das fordistische Akkumulations- und Gesellschaftsmodell in die Krise geriet, weil es die Stabilität des Kapitalprofits nicht mehr zu gewährleisten vermochte. Seit Mitte der siebziger Jahre ist der Fall der Profitrate auch in der Bundesrepublik Realität, die lange Welle des Fordismus ist in eine säkulare Krise der Formation eingemündet. Die Krise des Fordismus zwingt das Kapital jetzt zu einschneidenden Veränderungen der Arbeitsprozesse (Automatisierung, Computerisierung, Informatisierung, Neuformierung der internationalen Arbeitsteilung), der Klassenstrukturen und der Vergesellschaftungsformen. So gesehen, scheiterte das sozialdemokratische Regulierungsmodell an eben den ökonomisch-gesellschaftlichen Prozessen, die es selbst gestützt und in Gang gesetzt hatte: fortschreitende, auch den gesellschaftlichen »Kern« ergreifende Spaltungen (Rationalisierungswellen, Massenarbeitslosigkeit), das Auftauchen neuer sozialer Bewegungen, die den etatistisch-bürokratischen Politikmodus mit seinen destruktiven Folgen bekämpfen und unterlaufen, eine mit der Krise des herrschenden Akkumulationsmodells wachsende Unfähigkeit, staatlich vermittelte materielle Kompensationsleistungen für die »Opfer« des fordistischen Gesellschaftsmodells bereitzustellen (»Krise des Sozialstaats«) und nicht zuletzt an den ideologischen Gegenreaktionen zu dem selbst inszenierten bürokratischen Etatismus: Bürokratiefeindlichkeit, Staatsverdrossenheit, Anti-Kollektivismus.

Die SPD scheiterte nicht deshalb, weil sie es versäumt hatte, ihre Regierungspolitik den

veränderten ökonomischen Bedingungen anzupassen (das »Abspecken« des Sozialstaats etwa hat sie äußerst konsequent verfolgt). Verloren aber ging ihre Fähigkeit, die sich in der Krise verschärfenden und neu entstehenden gesellschaftlichen Spaltungen zu berücksichtigen und in einem neuen Diskurs zusammenzubinden, einen den veränderten ökonomischen Bedingungen entsprechenden kapitalfraktionellen Kompromiß zu organisieren und damit die Voraussetzungen für die Durchsetzung einer neuen, massenintegrativ abgestützten Akkumulationsstrategie zu schaffen. Ihr »sozialer Dialog« (Glotz) zielte lediglich darauf ab, den alten, »keynesianischen« Konsens zu befestigen. Die Entkoppelung von Regierung und Partei, die zur Grundlage des zentral-korporatistischen Regulierungsmodells geworden war, schnitt sie von der Möglichkeit einer materiell und organisatorisch abgestützten Reorganisation der parteiförmigen Diskurse und Verflechtungen ab. Regierung und Partei sprachen nicht mehr dieselbe Sprache, und die Sprache beider erschien immer weniger der gesellschaftlichen Situation adäquat. Die »Krise des Keynesianismus« ist mehr als das Scheitern eines ökonomischen Steuerungskonzepts. Sie ist die Krise eines umfassenden Regulierungsdiskurses. Die ehemals »moderne« Partei erwies sich unvermittelt als äußerst veraltet. Der von ihr getragene Regulierungs- und Diskursmodus war nicht mehr geeignet, kapitalfraktionelle und »Massen«-Interessen verwertungskonform zu artikulieren und zu homogenisieren. Dem dadurch drohenden Verlust der Regierungsmehrheit kam der Partnertausch der FDP zuvor. Durch die Bundestagswahl 1983 wurde er nur bestätigt.

CDU und CSU konnten die Regierung übernehmen, weil der sozialdemokratische Regulierungsmodus in der Krise gescheitert war. Das ist zunächst nichts weiter als das Ergebnis der Logik von Parteikonkurrenz: die jeweilige Opposition bezieht ihre Chance aus dem Abwirtschaften der Regierungspartei(en). Ob die neue Regierungsmehrheit längerfristigen Bestand haben wird, ist damit freilich noch nicht ausgemacht. Dies hängt davon ab, ob insbesondere die CDU die Fähigkeit besitzt, ein politisches Regulierungsmodell zu etablieren, das die Basis einer neuen, hegemonial abgesicherten und damit stabilen, den Fall der Profitrate längerfristig umkehrenden Akkumulationsstrategie schaffen kann. Dafür verfügt die Partei über einige organisatorische Voraussetzungen, aber noch nicht über ein konsistentes politisches Konzept. Dies wird sich in konfliktreichen Auseinandersetzungen und Anpassungsprozessen sowohl innerhalb der Partei wie auch im Parteiensystem insgesamt durchsetzen müssen. Zu fragen ist also, inwieweit sich in den organisatorischen Strukturen und Politikmustern der gegenwärtigen CDU zumindest Anhaltspunkte für ihre Fähigkeit zur Entwicklung eines neuen, den veränderten Kapitalverwertungsbedingungen entsprechenden regulativen Diskurses und damit einer stabilen Hegemonie finden lassen.

III.

Die Beantwortung der Frage, ob und inwieweit die CDU fähig ist, einen dem »nachkeynesianischen« Kapitalismus adäquateren Modus von Interessenartikulation, Interessenvermittlung und politischer Organisation zustandezubringen, setzt eine Analyse seiner Struktur determinanten voraus. Der fordistisch-keynesianische Kapitalismus befindet sich deshalb in einer säkularen Krise, weil die mit ihm geschaffene gesellschaftliche Organisationsform von Mehrwertproduktion und Ausbeutung nicht mehr in der Lage ist, den Kapitalprofit zu steigern und das ökonomische Akkumulationsmodell zu stabilisieren. Die weltweite Kapitalverwertungskrise führt freilich nicht notwendigerweise zum Ende des

Kapitalismus, wenn es ihm gelingt, eine neue *Akkumulationsstrategie* durchzusetzen. Ein neuer »Aufschwung« ist also durchaus möglich — aber dazu bedarf es nicht nur einfach einer neuen Technologie, sondern es müssen auch die dieser entsprechenden Arbeitsprozesse, Klassenverhältnisse und hegemoniale Strukturen verwirklicht werden; kurz: neue Akkumulationsstrategie und neues *Herrschaftsprojekt* müssen sich organisch zu einem neuen »Historischen Block« zusammenfügen (Gramsci 1971; Jessop 1982). Darum geht es in der gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung — und das meint das Schlagwort von der »Wende«.

Die *ökonomisch-technologischen* und *sozialen* Konturen dieses nachkeynesianischen Kapitalismus werden für die BRD allmählich sichtbar:

- Basis der neuen Akkumulationsstrategie ist die Entwicklung und Anwendung sog. neuer Schlüsseltechnologien: Mikroelektronik, Informations- und Kommunikationstechnik, Industrieroboter, Biotechnologie. Sie sollen einen »neuen Wachstumsschub« herbeiführen, und zwar nicht nur mittels bahnbrechender Produktinnovationen, sondern auch durch neue, verbilligte international konkurrenzfähige Fertigungsverfahren. Denn je feiner zerleg- und standardisierbar die neuen Produktionsprozesse werden und je perfektere Transport- und Kommunikationstechnologien zur Verfügung stehen, desto flexibler und kapitalsparender läßt sich der Arbeitsprozeß — nicht zuletzt bei wachsender Internationalisierung der Produktion — organisieren und um so effizienter die reelle Subsumtion der Arbeitskraft unter das Kapital in Gestalt größerer Kontrolle und weiterer Enteignung von »eigensinnigem« Arbeitsvermögen vorantreiben. Dabei ist zu beachten, daß diese »dritte Phase der industriellen Revolution« (Hack/Hack 1984) schnell und effektiv durchgesetzt werden muß, will die kapitalistische Metropole BRD im weltweiten kapitalistischen Verdrängungswettkampf nicht ihre Dominanzposition verlieren.
- Dieser ökonomisch-technologische Restrukturierungsprozeß führt auch zu tiefgreifenden klassenstrukturellen Veränderungen, und zwar bei Kapital und Arbeit gleichermaßen: Auf Seiten des *Kapitals* finden massive fraktionelle Umschichtungen statt. Nicht nur, daß traditionell starke Bastionen wie Stahl-, Werften-, Chemiefaser- oder Bauindustrie — von den traditionellen Konsumgüterbranchen gar nicht zu reden — an ökonomischem Gewicht verlieren und nur durch eine ebenfalls beschleunigte Elektrifizierung bei gleichzeitigem weiteren »Gesundshrumpfen« überhaupt überlebensfähig bleiben können. Auch innerhalb des exportorientierten »Kern«sektors (Maschinen-, Anlagen- und Fahrzeugbau, Elektrotechnik, Chemie, Feinmechanik, Optik) findet ein intensiver »Durchmischungsprozeß« neuer Kombinationen, Abstöße, Kohäsionen statt, der gewachsene Verbands- und Organisationsstrukturen durcheinanderwirbelt. Nicht mehr nur die bei der Großindustrie angesiedelten technologischen Großprojekte bestimmen die strategische Richtung innerhalb der neuen Akkumulationsstrategie. Auch flexible, innovative und risikofreudige »schumpeterische« Klein- und Mittelunternehmen mischen kräftig mit und gewinnen zusehends an industriepolitischer Bedeutung. Nachdem einige der im »staatsmonopolistischen« Planungsverbund von Großindustrie und Staatsadministration durchgeführten technologische Großprojekte spektakulär gescheitert sind (z.B. Kernenergie, Großrechner, EWS-System), rücken hochinnovative Neugründungen und die Förderung kleinunternehmerischer »venture capitals« nicht nur in den Vordergrund wirtschaftspolitischer Kalküle, sondern werden zunehmend auch von maßgeblichen Industriekonzernen und Großbanken als (zu gegebener Zeit nutz- und integrierbares) Innovationspotential beachtet und gefördert. Die kapitalfraktionellen Verschiebungen betref-

fen also nicht nur das Verhältnis zwischen Branchen und Sektoren, sondern auch die Beziehungen zwischen großem, mittlerem und kleinem Kapital.

Auf Seiten der *Arbeiterklasse* verstärken sich die Prozesse der sozialen Desintegration und Gesellschaftsspaltung. Über die bereits im sozialdemokratischen »Modell Deutschland« angelegte Kern-Peripherie-Spaltung hinaus vertiefen sich die Spaltungen *innerhalb des Kerns* und *innerhalb der Peripherie*: auf der einen Seite korporative Statusgruppen, die in den Kampf um ihre (zwar auch kärglicher werdenden) Privilegien verstrickt sind wie Beamte, leitende Angestellte, ein Teil der Facharbeiter, Bauern, Freiberufler, generell die Leistungsfähigen und Cleveren; auf der anderen Seite — und in sich ebenfalls inhomogen — Dauerarbeitslose, Kranke, Alte, Verschlissene, Aussteiger — aber auch die große Masse derjenigen, die den sich ausbreitenden »peripheren« Arbeitsmarkt bevölkern. Wichtig bleibt festzuhalten, daß diese Vielfalt von Spaltungen und Fragmentierungen, Massenarbeitslosigkeit in ihren verschiedenen Formen sowie die Ausbreitung peripherer Arbeitsmärkte Voraussetzungen dafür sind, daß das neue Akkumulationsmodell überhaupt funktionieren kann; denn erst sie ermöglichen die notwendige Herabsetzung der Real-löhne, die massive Erhöhung der Arbeitsintensität, die zusätzliche Mobilität der Arbeitskräfte, eine flexible Ausnutzung vorhandener Qualifikationspotentiale wie schließlich die Steuerung des Arbeitskräfteangebots gemäß den sich rasch verändernden Produktionsbedingungen. Eine wichtige Folge dieser Entwicklung liegt darin, daß kollektive Interessenvertretung und gemeinsames politisches Handeln schwerer gemacht werden und daß eine auf die gemeinsame ökonomische Lage begründete, übergreifende Solidarität zu zerbrechen droht. Daß demgemäß die Egoismen vieler kleiner Gruppen und der Kampf aller gegen alle leichter zu organisieren ist, liegt auf der Hand.

- Verbunden mit all diesen klassenstrukturellen Veränderungen, Verwerfungen und sozialen Desintegrationstendenzen nehmen auch die sog. »kulturellen Freisetzungsprozesse« zu: Zerbrechen traditioneller Orientierungen und instrumenteller Normierungen, wachsende Differenzierungen der Lebensweisen, Individualismus und Selbstverwirklichungsansprüche. Mehr oder weniger zwangsweise sich entwickelnde »alternative« Milieus und Szenen, die in politisch-ideologischer und lebenspraktischer Opposition zur herrschenden kapitalistischen und bürokratisch-etatistischen Vergesellschaftungsweise stehen (»Zweite Gesellschaft«), breiten sich aus.

Wie sieht nun das Herrschaftsprojekt zur gesellschaftlichen und politischen Organisation einer neuen Akkumulationsstrategie, der darin eingeschriebenen Arbeitsprozesse, Klassenstrukturen und sozialen Spaltungsprozesse aus, was sind die Bedingungen seiner Durchsetzung und welche Rolle spielt dabei die CDU als Element eines neuen, nachkeynesianischen Regulierungsmodus?

Im Gegensatz zu programmatischen Verlautbarungen und Festreden denkt die CDU keineswegs an eine Rückkehr zu einem »liberalen«, »vorkeynesianischen« Staat. Vielmehr soll die längst stattgefundene Durchstaatlichung der Gesellschaft effektiver, kostengünstiger und politisch störungsfreier organisiert werden. Der »starke« CDU-Staat ist ein autoritärer, von »falschen« gesellschaftlichen Ansprüchen und »falschem« politischem Druck, also von sozialstaatlicher Daseinsvorsorge so weit wie möglich befreiter »entkeynesianisierter Verwaltungsstaat« (Buci-Glucksmann 1982). Ein »Umbau« des Sozialstaats steht also an, freilich nicht allein als simple Sparstrategie, sondern als Konzept einer übergreifenden Neuorganisation gesellschaftlicher Interessenartikulation und -spaltung. Die materiellen Leistungen werden insgesamt stark reduziert, soziale Risiken und Reproduktionsbedingungen privatisiert

— von der »Dezentralisierung« sozialer Dienste, »Subsidiarität« und »Selbsthilfe« bis hin zur »Hausfrauisierung der Arbeit« (Werlhof 1984). Die gesellschaftlichen Spaltungen werden sozialstaatlich vertieft: durch ein materiell sehr dürftig ausgestattetes, rechtlich weitgehend entreguliertes, repressives und kontrollintensives Versorgungssystem für die »Peripherie« (Typus Sozialhilfe) auf der einen, durch ein leistungsfähiges, verrechtlichtes, teilweise privat organisiertes Sicherungssystem (Typus Versicherung) für die Sektoren des gesellschaftlichen »Kerns« auf der anderen Seite — alles einhergehend mit der Aufwertung von »Familie« und »Selbsthilfe«, was freilich für die verschiedenen sozialen Klassen äußerst Unterschiedliches bedeutet. Perspektivisch also ein dürrer, im Polizeiverbund stehender »Sozialstaat« für die Ausgegrenzten und Armen, neue Formen »entregulierter« (z.B. privatrechtlich organisierter) Institutionen zum politisch gezielten Einsatz minimaler Finanzmittel (siehe die geplante Stiftung »Mutter und Kind«), potente »Selbsthilfe« für die Privilegierten. Angezielt wird eine tendenzielle Auflösung des bürokratischen, vereinheitlichenden, Ansprüche normierenden und kodifizierenden Sozialstaats zugunsten eines heterogenen, flexibel und mit geringem finanziellen Mitteleinsatz politisch steuerbaren Gefüges helfender, spaltender und kontrollierender Institutionen. Auf die Pläne und die schon eingeleiteten Maßnahmen zu einer entsprechenden »Ausdifferenzierung« (Privatisierung, funktionale Segmentierung) des Ausbildungssystems und die Tendenz zur Privatisierung der Ausbildungskosten sei nur hingewiesen.

Die auf diese Weise freigeschaufelte Finanzmasse dient massiven staatlichen Interventionen zur Förderung industriestrukturreller Anpassung an die »dritte Phase der industriellen Revolution«: Auch für das CDU-Projekt ist die aktive staatliche Strukturpolitik ihrer sozialdemokratischen Vorgänger keineswegs unbedingt ein rotes Tuch: Neben die Schaffung »geeigneter Rahmenbedingungen« zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in Form des Abbaus administrativer und tarifvertraglicher Vorschriften und Reglementierungen (Deregulation), allgemeine Steuervergünstigungen, relativ unspezifische Förderungsmaßnahmen und staatliche Anreize (von der Risikokapitalversorgung bis hin zur Exportförderung) tritt eine staatlich organisierte, »innovationsorientierte Forschungs- und Technologiepolitik« — Programme für Informationstechnik, Mikroelektronik, Fertigungstechnik, Materialforschung, Stahl, Gründung von Technologieparks etc.

Das entscheidend Neue an dieser staatlichen Strukturpolitik ist die Abwendung von dem bisherigen Verbund zwischen Staat und Großindustrie zugunsten einer immer stärkeren Einbeziehung dynamischer Klein- und Mittelunternehmen. Insgesamt soll sowohl eine »Revitalisierung der Marktkräfte« als auch eine projekt- und unternehmensspezifische, aber weiter gestreute Direktförderung den Technologie- und Innovationswettbewerb stimulieren. Nach wie vor soll und muß der Staat also dem schlechter als in der Vergangenheit funktionierenden Kapitalismus wieder auf die Sprünge helfen.

Das herrschaftsstrategische Problem besteht nun darin, einen Modus des interessenorganisierenden bzw. desorganisierenden Diskurses zu institutionalisieren, der dieses Gesellschaftsmodell durchzusetzen und abzusichern vermag. Konkreter: Wie kann auf der einen Seite in diesem komplexen Geflecht zwischen »alten« und »modernen«, »großen« und »mittelständischen« Industrien sowie politisch divergierenden Interessenorganisationen der Arbeitnehmer eine gemeinsame Struktur- und Gesellschaftspolitik konzipiert und politisch durchgesetzt werden? Wie kann auf der anderen Seite der sich immer weiter ausdehnende marginalisierte Sektor, wie kann die in dieser Politik angelegte Ausweitung von Massenarbeitslosigkeit und sozialer Depravierung derart politisch kontrolliert und befriedet werden, daß keine systemgefährdenden Auswirkungen auftreten?

Unsere These ist, daß dies mittels des bisherigen sozialdemokratischen Modus einer engen Kooperation zwischen Staatsadministration und zentralisierten, übergreifenden ökonomischen Interessenorganisationen nicht mehr möglich ist. Anstelle dieses »korporatistischen Blocks« versucht nun die CDU, einen neuen Regulierungsmodus zu etablieren: Der autoritäre und entpolitisierte Verwaltungsstaat wird parallel geschaltet mit einer *segmentierten und dezentralisierten Korporativstruktur*. Die entscheidende Rolle der Partei besteht in der Organisation eines *politisch-ideologischen Diskurses*, der sich in die sich entwickelnden gesellschaftlichen Spaltungen einklinkt, sie strukturiert, vertieft, gegeneinander ausspielt, die Fragmentierung auf einer quasi »unpolitischen« Ebene ideologisch homogenisiert und mit der materiellen Politik des Staates verbindet. Wesentliches Merkmal dieses *autoritär-populistischen Diskurses* ist die Dethematisierung und Neutralisierung übergreifender Klasseninteressen. An die Stelle der dem sozialdemokratisch-keynesianischen Modell eigenen, zentralisierten Institutionalisierung und Verrechtlichung des Klassengegensatzes tritt der Versuch seiner diskursiven und institutionellen Auflösung in ein Gemenge dezentraler und segmentierter Korporatismen. Dieser Diskurs ist *entpolitisierend* in dem Sinne, als er systematisch Themen und Konflikte ausklammert, die zu einer Re-Formierung übergreifender Klassen- und sozialer Konfliktfronten führen könnte. Er zerfasert die aus Ausbeutung, Unterdrückung und Krise resultierenden Erfahrungen, läßt die gesellschaftlichen Spaltungs-, Marginalisierungs- und Deprivierungsprozesse zu rivalisierenden Interessen gerinnen und bindet sie ideologisch so zusammen, daß sich die bestehenden Zustände bei den Betroffenen selbst legitimieren. Das bedeutet, daß die durch den Zerfall des sozialdemokratischen Modells freigesetzten, heterogenen, ökonomisch-korporativen und politisch regressiven Diskurse systematisiert, geordnet und neu zusammengefügt werden müssen. Zu den Komponenten dieser ideologischen Spaltung/Homogenisierung gehören wiederaufblühender Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit, die die Kehrseite der realen gesellschaftlichen Auflösungs- und Spaltungsprozesse darstellen, ein durch die Krise gespeistes Angst-/Gewalt-/Sicherheits-Syndrom (vgl. Hall 1982, 112 ff.), die Mobilisierung eines Leistungs-Opfer-Bewußtseins, das Entbehren und Verzicht in eine sozial anerkannte »Leistung« verkehrt (vgl. Huhn 1983), der Glaube an natürliche Ungleichheit, Bescheidenheit, Selbsthilfe, Erziehung, Familie, Anti-Bürokratismus und Anti-Etatismus. Nicht zuletzt gehört dazu die auf das Unterlaufen traditioneller ökonomischer Interessenorganisationen gerichtete »Neue soziale Frage«. Wichtig ist, daß ein solcher Diskurs auch geeignet ist, in die heterogenen Bereiche der »zweiten Gesellschaft« einzudringen, sie zu spalten und so in eine neue kapitalistische Hegemonie einzubinden. Er kommt deren Selbsthilfe- und Naturmythen genauso entgegen wie ihrem Anti-Institutionalismus.

In eine solche Strategie paßt *nicht* der frontale Angriff auf die Gewerkschaften, weil dieser eben das Risiko einer »falschen« Politisierung in sich trägt (und die Gewerkschaften eher zusammenschweißt, wie es bei den Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche der Fall war; Kohls diesbezügliche Ungeschicktheit mußte denn auch alsbald korrigiert werden). Vielmehr geht es darum, die *bestehenden* und sich vertiefenden Spaltungen innerhalb der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder, z.B. zwischen »Arbeitsplatzbesitzern« und Arbeitslosen, Beamten und Arbeitern, Ausländern und Deutschen, Männern und Frauen auszunutzen, festzuschreiben und damit die Interessenorganisationen der Lohnabhängigen insgesamt politisch zu neutralisieren. Ebenso wenig geht es um eine platt kriminalisierende, globale Ausgrenzung der Alternativ- und Protestbewegung, sondern um ihre spaltende Einbindung in einen neuen Diskurs.

Dieser Zusammenhang macht auch die entscheidende Rolle der Medienpolitik verständlich. Die medienpolitische Privatisierungsstrategie der CDU ist sicher kein Ausfluß platter Marktideologie; auch nicht nur eine Konzession an (nicht zuletzt mittelständische) Unternehmer oder Bestandteil eines gesamtwirtschaftlichen Innovationskonzepts. Sie zielt darüber hinaus darauf ab, die Medienlandschaft mittels Kommerzialisierung zu segmentieren und zu entpolitisieren, die großen Apparate der öffentlich-rechtlichen Medien zurückzudrängen und zugleich den kontrollierenden politischen Zugriff auf sie zu festigen.

Die Durchsetzung des autoritär-populistischen Diskurses zielt insgesamt darauf ab, die zentrale Staatsadministration gegenüber potenten Interessenkoalitionen und generalisierten Ansprüchen abzuschirmen und damit für die Verfolgung weltmarktorientierter Akkumulations- und Strukturwandelstrategien freizusetzen: staatsadministrativ gesteuerter Umbau der Gesellschaft durch dezentral-korporative Spaltung. Funktionieren kann dies freilich nur, wenn der Diskurs durch die materielle und organisatorische Politik des Staates abgestützt wird. Deshalb ist die CDU nur als *Regierungspartei* in der Lage, Teil eines nachfordristischen Regulierungszusammenhangs zu werden und diesen längerfristig zu stabilisieren. Stimmenmaximierung bleibt auch von daher vorrangige Aufgabe der Partei. Auch der entpolitisierende, spaltende und dezentral-korporatistische Diskurs muß durch staatliche Leistungen, Subventionen, Förderungsprogramme, sozialstaatliche Zuwendungen untermauert werden. Und vor allem: der segmentierte Korporatismus bedarf einer staatsförmigen Organisation, einer staatsadministrativ vermittelten Inkorporierung und Institutionalisierung der partikularisierten Interessen. Organisation und Funktion des Staates sind also Bestandteile des Diskurses, Partei und Staat verbinden sich in ihm. Beispielhaft sind die auf mittelständisches Kapital bezogenen, selbständiges Unternehmertum wieder schmackhaft machen sollenden Förderungsprogramme, die Errichtung neuer Verbundsysteme zwischen staatlichen Forschungseinrichtungen und der Industrie, die Schaffung gezielt auf Frauen und Familien ausgerichteter sozialpolitischer Institutionen und Maßnahmen bis hin zu der Tendenz, funktional wichtige, d.h. »vernünftige« und der neuen kapitalistischen Logik gegenüber aufgeschlossene Teile der Gewerkschaften in neuer Form in staatliche Regulierungszusammenhänge einzubinden. Auch das nachfordristische Regulierungsmodell benötigt funktionierende Interessenorganisationen der Arbeiter, freilich in gewandelter, segmentierter und politisch geschwächerter Form.

Der autoritär-populistische Diskurs zielt also keineswegs auf die Wiederherstellung einer Trennung von Staat und Gesellschaft, auf die Freisetzung gesellschaftlicher Selbstregulierung und der ungehinderten Marktkräfte. Der tatsächlich vorhandene Trend zur Re-Autonomisierung des »autoritären Verwaltungsstaats« nimmt die Form einer verwertungskonformen Freisetzung zentraladministrativer Politikprozesse *mittels* einer etatistischen Organisation gesellschaftlicher Sektoren an. Es geht also, entgegen offizieller Propaganda, nicht um »weniger Staat«: vielmehr zielt das neue Regulierungsmodell auf eine weitere Durchstaatlichung der Gesellschaft, dezentraler und segmentierter organisiert, feingliederiger und differenzierter in die gesellschaftlichen Strukturen hineinreichend.

Um diese Funktion wahrnehmen zu können, sind innerhalb der dominanten Massenpartei spezifische *organisationsstrukturelle Voraussetzungen* und ein darin eingelassenes politisches Organisations- und Regulierungspotential notwendig. Unsere — in weiteren Untersuchungen noch zu präzisierende — These dazu lautet, daß die CDU über diese Voraussetzungen weit mehr verfügt als die SPD — und von daher als die dem neuen Vergesellschaftungsmodus angemessenere, fähigere und modernere Partei zu beurteilen ist: Im Gegensatz

zu traditionellen konservativen Parteien ist die CDU extrem *bürokratisiert*, hoch *zentralisiert*, eine technologisch hoch entwickelte *Maschine*. Mit ihren technischen Mitteln und ihrer organisatorischen Effizienz übertrifft sie inzwischen die Sozialdemokratische Partei weit. Entscheidendes Organisationsprinzip ist die *direkte Verbindung* zwischen der Parteizentrale und der lokalen Ebene der Mitglieder, Sympathisanten und sozialen Milieus. Die regionalen und interessenspezifischen Organisationsebenen der Partei (z.B. die z.T. sehr traditionsbehafteten Landesverbände oder die mit den Gewerkschaften verbundenen Sozialausschüsse) werden dadurch in den Hintergrund gedrängt. Die Partei konstituiert sich als ein dichtes Geflecht von Informationskanälen zwischen der Zentrale und lokalen sozialen Zusammenhängen, »Ansprechpartnern« und Multiplikatoren (z.B. Vereinsfunktionären). Damit erreicht sie unter Umgehung organisierter Interessen innerhalb und außerhalb ihres organisatorischen Gefüges die quasi »unpolitischen« Milieus, registriert politische Strömungen und versucht in die Lage zu kommen, ihre Politik präventiv-legitimistisch abzusichern. Die Perfektionierung der Informationsverbindungen zwischen »unten« und »oben« sowie die vereinheitlichte Führung der bürokratischen Kader befähigt sie durchaus, ein dichtes, die Gesellschaft durchziehendes diskursives Netz zu knüpfen, gezielte Argumentationen und Interpretationen bereitzustellen und zugleich ein »Frühwarnsystem« zu etablieren, das einem Auseinanderbrechen von Regierung und Partei entgegenzuwirken vermag. Sie hat sich damit aus dem ehemals lockeren Verbund von Interessengruppen zu einer eng mit der Regierungsbürokratie verbundenen, bürokratischen Public-Relations-Agentur transformiert.

Es ist sicherlich noch zu früh, Struktur und Funktionsweise dieses Herrschaftsprojekts umfassend zu analysieren und seine polit-ökonomische Effektivität adäquat zu beurteilen; allzu vieles zeichnet sich erst verschwommen ab, gewinnt erst allmählich klarere Konturen. Mit einiger Sicherheit kann nur gesagt werden, daß der autoritäre Populismus bereits der vorherrschende Diskurs in der BRD geworden ist — was sicherlich nicht wenig bedeutet. Dies läßt sich besonders gut an der SPD zeigen, die trotz aller verbalen Kraftakte gegen die »Ellbogengesellschaft« auf den Zug mit den neuen Schlagworten und Projekten, von der »neuen Sozialpolitik«, der »neuen Subsidiarität« bis hin zum Abbau von Bürokratie und Verstaatlichung munter aufspringt. Offen muß derzeit bleiben, inwieweit die »alternative« Gesellschaft sich bereits in diesen Diskurs hat einbinden lassen. Doch nicht nur bei dem »Alternativ«-Festredner Josef Huber sind Tendenzen in dieser Richtung nicht zu übersehen: Modellhaft sei hier nur auf die Politik der CDU in West-Berlin hingewiesen, wo selektive staatliche Finanzierung von Alternativprojekten, die an bestimmte Institutionalisierungs- und Anpassungsaufgaben gebunden sind, immerhin zu gewissen Spaltungsprozessen in der oppositionellen Szene geführt hatten, auch wenn die Ergebnisse dieser Politik vorerst noch ambivalent geblieben sind (Mayer 1984).

Größere Schwierigkeiten bereitet der CDU freilich die *materielle Verankerung* des neuen Projektes in der Gesellschaft. Zwar bietet die durch ihre eigene korporatistische Politik bewirkte Schwächung der Gewerkschaften dem CDU-Projekt gute Möglichkeiten, ihre Fragmentierungs- und Spaltungspolitik in diese hineinzugetragen und Teile von ihnen darin einzubinden (segmentierter Korporatismus). Die Spaltung der Gewerkschaftseinheit bei der aktuellen Arbeitszeitdiskussion, die Hilflosigkeit, mit der alle Gewerkschaften zusammen auf die »Denkanstöße« des Arbeitsministers Blüm zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten, der Auflockerung von Arbeits- und Kündigungsschutz, der Einführung stärker differenzierter Löhne nach Qualifikationen, Branchen und Regionen bis hin zum Abbau von So-

zialplan- und tariflichen Absicherungsregelungen reagieren, sprechen da eine deutliche Sprache. Erschwerend hinzu kommt die programmatische Hilf- und Alternativlosigkeit der Gewerkschaften, die in nachkeynesianischen Zeiten immer noch auf keynesianische Lösungsmuster setzen, was selbst beim Kern der Anhängerschaft immer weniger Resonanz findet. Auch das Unternehmerlager ist gegen die neue Differenzierungs- und Spaltungsstrategie nicht gefeit. Immerhin scheint sich bei der Formulierung und Durchsetzung der technologischen Innovationspolitik ein relativer Rückgang des Zentralverbandeinflusses zugunsten einer stärkeren selektiven und fallweisen Beteiligung der jeweils unmittelbar betroffenen Branchenverbände, Kapitalgruppen und Einzelunternehmen abzuzeichnen (Staudhammer 1984).

Trotz dieser »Erfolge« stellt die CDU als Ganzes immer noch eine instabile Koalition mehrerer schwer vereinbarer Strömungen dar, die von einem konservativ modifizierten Sozialliberalismus bis hin zu Monetarismus und Thatcherismus reichen. Insofern ist die soeben beschriebene Akkumulations- und Diskursstrategie zwar als sehr relevante, möglicherweise sogar dominante, aber nicht bereits überall akzeptierte zu charakterisieren. In welcher Weise sich eine neue Akkumulationsstrategie mit einem »hegemonialen« sowohl die Kapitalfraktionen als auch die »Massen« integrierenden und spaltenden, organisatorisch und materiell abgestützten Diskurs verbinden läßt, ist noch nicht ausgemacht. Die Strömungen innerhalb der CDU repräsentieren selbst noch einmal unterschiedliche Regulierungsmodi, durchaus voneinander abweichende hegemoniale Projekte. Was sich am Ende — wenn überhaupt — durchsetzen wird, ist allerdings keinesfalls der Ausdruck *eines* vorausgesetzten, dominanten (z.B. kapitalfraktionellen) Interesses, sondern ein komplexes Regulativ, das widerstreitende Interessen so artikuliert und homogenisiert, daß eine den Kapitalprofit insgesamt längerfristig sichernde Akkumulationsstrategie Realität werden kann. Dies ist ein »Prozeß ohne Subjekt«, wengleich mit durchaus identifizierbaren Akteuren und mit sehr einschneidenden materiellen und politischen Folgen.

Die weitere Entwicklung der innerparteilichen Richtungskonflikte (derzeit ablesbar an den harten Auseinandersetzungen um die »Große Steuerreform«) hängt sicherlich zum einen davon ab, inwieweit der weltweite Konkurrenzkampf zugunsten oder zuungunsten des »Modell Deutschland« zu Buche schlägt, zum zweiten davon, inwieweit die Schwächung und segmentierte Einbindung der Gewerkschaften sowie die Inkorporierung von Teilen der Alternativbewegung erfolgreich vorangetrieben werden kann, zum dritten davon, ob die sich verschärfenden Interessengegensätze im Unternehmerlager zwischen strukturschwachen und modernen Industriezweigen sowie altem und neuem Mittelstand ausbalanciert werden können, zum vierten davon, inwieweit es der Konkurrenzpartei SPD gelingt, ein erfolgreiches Alternativ-Projekt zustandezubringen — wofür freilich derzeit wenig spricht.

Insgesamt bleibt trotz zahlreicher Unwägbarkeiten vorerst festzuhalten: Vieles deutet darauf hin, daß die CDU infolge ihrer inneren Struktur, ihrer gesellschaftlichen Verflechtungen und ihres diskursiven Potentials die modernere, fähigere Partei zur Durchsetzung eines nachkeynesianischen Akkumulations- und Herrschaftsprojekts ist — wie hoch der soziale und politische Preis für die Gesamtgesellschaft auch sein mag. Insofern ist es wohl ein Anachronismus, diese Partei als »konservativ« zu bezeichnen. Zur effizienten und »fortschrittlichen« Verwaltung des in die Krise geratenen Kapitalismus eignet sie sich derzeit allemal besser als die SPD, und wie die GRÜNEN sich in ein neues Herrschaftsprojekt einfügen werden, ist überhaupt offen.

Literatur

- Aglietta 1976: Michel Aglietta, *Régulation et crises du Capitalisme*, Paris 1976
- Buci-Glucksmann 1982: Christine Buci-Glucksmann, *Formen der Politik und Konzeptionen der Macht*, in: Neue soziale Bewegungen und Marxismus. Argument-Sonderband AS 78, Berlin 1982, S. 39-63
- Davis 1978: Mike Davis, »Fordism« in Crisis, in: Review Nr. 2, 1978, S. 207-269
- Esser u.a. 1980: Josef Esser, Wolfgang Fach, Georg Simonis, *Grenzprobleme des »Modells Deutschland«*, in: Prokla 40/1980, S. 40-63
- Esser 1982: Josef Esser, *Gewerkschaften in der Krise*, Frankfurt am Main 1982
- Esser/Hirsch 1983: Josef Esser, Joachim Hirsch, *Gesellschaftskrise und Transformation der Volksparteien in der BRD*, Referat zur Fachtagung der DVPW: Politische Willensbildung und Interessenvermittlung, Mannheim, Oktober 1983, unveröff. Ms.
- Esser/Hirsch 1984: Josef Esser, Joachim Hirsch, *Sind die »Volksparteien« am Ende?* Transformationsprozesse im Parteiensystem der BRD, in: Jürgen Falter, Michael Greven (Hg.): Politische Willensbildung und Interessenvermittlung, Opladen 1984 (im Erscheinen)
- Fach 1982: Wolfgang Fach, *Wer verhilft Hitler zur Macht?* Das »Faschismus«potential des Atomkonflikts, in: Prokla 47/1982, S. 55-68
- Gramsci 1971: Antonio Gramsci, *Selections from the Prison Notebooks*, London 1971
- Greven 1977: Michael Th. Greven, *Parteien und politische Herrschaft*, Meisenheim 1977
- Hack/Hack 1984: Lothar Hack, Irmgard Hack, *Die Wirklichkeit, die Wissen schafft. Zum wechselseitigen Begründungsverhältnis von »Verwissenschaftlichung der Industrie« und »Industrialisierung der Wissenschaft«*, Frankfurt am Main 1984, unveröff. Ms.
- Hall 1982: Stuart Hall, *Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus*, in: Neue soziale Bewegungen und Marxismus, Argument-Sonderband AS 78, Berlin 1982, S. 104-124
- Hirsch 1980: Joachim Hirsch, *Der Sicherheitsstaat*, Frankfurt am Main 1980
- Huhn 1983: Jens Huhn, *Die Linke und der soziale Tod*, in: Links, Nr. 159, S. 28-31
- Jäger 1979: Michael Jäger, *Von der Staatsableitung zur Theorie der Parteien — ein Terrainwechsel im Geiste Antonio Gramscis*, in: Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik, Argument, Sonderband 44, Berlin, S. 45-64
- Jäger 1983: Michael Jäger, *Über Macht und Parteien*, in: Marxismus und Theorie der Parteien, Argument-Sonderband AS 91, Berlin 1983, S. 38-121
- Jessop 1982: Bob Jessop, *The Capitalist State*, Oxford 1982
- Kaste/Raschke 1977: Hermann Kaste, Joachim Raschke, *Zur Politik der Volkspartei*, in: Wolf-Dieter Narr (Hg.): Auf dem Weg zum Einparteiensstaat, Opladen 1977, S. 26-74
- Kühr/Simon 1982: Herbert Kühr, Klaus Simon, *Lokalpartei und vopolitischer Raum*, Melle 1982
- Lipietz 1982: Alain Lipietz, *Towards Global Fordism?* in: New Left Review Nr. 3/4/1982, S. 33-47
- Mandel 1980: Ernest Mandel, *Long Waves of Capitalist Development*, Cambridge 1980
- Mayer 1984: Margit Mayer, *Stadtteilbezogene Interessen und soziale Bewegungen*, Frankfurt am Main 1984, unveröff. Ms.
- Mintzel 1984: Alf Mintzel, *Die Volkspartei*, Opladen 1984
- Mouffe 1982: Chantal Mouffe, *Arbeiterklasse, Hegemonie und Sozialismus*, in: Neue soziale Bewegungen und Marxismus, Argument-Sonderband AS 78, Berlin 1982, S. 23-39
- Palloix 1977: Christian Palloix, *Procés de Production et Crise du Capitalisme*, Grenoble 1977
- Palloix 1979: Christian Palloix, *Die organische Krise des Kapitalismus*, in: Christian Deubner u.a. (Hg.): Die Internationalisierung des Kapitals, Frankfurt am Main 1979, S. 236-254
- Raschke 1982: Joachim Raschke, *Parteivergleich — ohne Theorie?* in: PVS-Literatur 2/1982, S. 152-158
- Staudhammer 1984: Rainer Staudhammer, *Politische Regulierung industriestruktureller Anpassungsprozesse durch die CDU*, Frankfurt am Main 1984, unveröff. Ms.
- Stöss 1983: Richard Stöss, *Probleme und Konturen einer allgemeinen Parteitheorie*, in: PVS 4/1983, S. 450-455

- von Werlhof 1984: Claudia von Werlhof, *Der Proletarier ist tot. Es lebe die Hausfrau?* in: Die Zukunft des Sozialstaates, Bd. 1, hrsg. von Michael Opielka u.a., Stuttgart, 3. Aufl., 1984, S. 142-157
- Wiesendahl 1983: Elmar Wiesendahl, *Wie politisch sind politische Parteien? Referat zur DVPW-Fachtagung: Politische Willensbildung und Interessenvermittlung*, Mannheim, Oktober 1983, unveröff. Ms.